

# Mitteilung

## öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender	12.03.2019

### Kampagne zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft bei homo- und transphober Gewalt

In der Sitzung der StadtAG LST vom 04.12.2018 haben die Mitglieder der StadtAG die Verwaltung in Form einer Beschlussempfehlung gebeten, eine Beschlussfassung herbeizuführen, die die von den Mitgliedern der StadtAG vorgeschlagene Kampagne „Zeig es an – Köln schaut hin“ zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft bei homo- und transphober Gewalt unterstützt und umsetzt. Die Stadtarbeitsgemeinschaft hat bereits ehrenamtlichen einen Entwurf für eine Kampagne entwickelt. Bereits in der Sitzung der StadtAG LST am 05.06.2018 hat die StadtAG eine erste Beschlussempfehlung zur Durchführung dieser Kampagne erwirkt. Konkretisiert wurde der Antrag am 04.12.2018 durch eine Kosteneinschätzung (ca. 20.000 Euro) und einen ersten Zeitplan zur Durchführung (Nov 2019 – Dez 2020).

Die von der StadtAG vorgeschlagene Kampagne soll eine gemeinsame Initiative der Stadt Köln und der Polizei Köln sein, die beide mit ihrem Logo auf der Homepage ([ZEIG-ES-AN.DE](http://ZEIG-ES-AN.DE)), und den Materialien (Flyer, Plakate, Visitenkarten) der Kampagne sichtbar wären. Ziel der Kampagne ist eine höhere Bereitschaft von Lesben, Schwulen und Trans\*-Personen in der Kölner Community zu erreichen, tatsächlich Strafanzeige zu erstatten, sofern sie Opfer oder Zeugin oder Zeuge einer entsprechenden Straftat werden.

Am 14.01.2019 wurde die Kampagne „ICH ZEIGE DAS AN“ ([www.ich-zeige-das-an.de](http://www.ich-zeige-das-an.de)) der Landeskoordination der Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben, Schwule und Trans\* in NRW offiziell mit einer Pressemitteilung gestartet. Die landesweite Kampagne „soll ermutigen, Anzeige bei homo- und trans\*feindlich motivierten Straftaten zu stellen.“ Gefördert wird sie, genauso wie die Landeskoordinierungsstelle, vom Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) des Landes Nordrhein-Westfalen. Das Landeskriminalamt (LKA) NRW begrüßt die Kampagne ebenfalls und hat u.a. das Kölner Polizeipräsidium gebeten, die landesweite Kampagne zu unterstützen.

Mitte Februar 2019 wurden in einem Gespräch zwischen Mitgliedern der Unterarbeitsgruppe „Dialog mit der Polizei“ der StadtAG LST und Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung von Seiten der Verwaltung Bedenken bzgl. einer Doppelung der Kölner Kampagne mit der landesweiten Kampagne geäußert. Deutlich wurde von Verwaltungsseite die Position vertreten, dass das gemeinsame Ziel (Erhöhung der Strafanzeigenbereitschaft bei homo- und transphober Gewalt) auf jeden Fall zu unterstützen ist und umgesetzt werden soll.

Durch die Veröffentlichung der sehr ähnlichen Landeskampagne ist allerdings die Frage aufkommen, wie eine Umsetzung erfolgen kann, ohne dass der Anschein erweckt wird, dass zwei Kampagnen mit derselben Aussage und Zielsetzung gleichzeitig laufen. Flankierende Maßnahmen mit deutlichem Köln-Bezug, die die Landeskampagne unterstützen, werden von der Verwaltung präferiert. Zurzeit läuft eine verwaltungsseitige Abstimmung mit der Polizei Köln. Sobald die Ergebnisse hierzu vorliegen, wird die Verwaltung eine Vorlage vorbereiten.

**Gez. Reker**